

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 48 – Verfassungsschutzbericht 2018

Dazu sagt der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Burkhard Peters:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 221.19 / 17.05.2019

Je intensiver hingeschaut wird, umso mehr hellt sich das bisherige Dunkelfeld auf

Sehr geehrter Herr Minister Grote,

vielen Dank für den Bericht.

„Mit islamistischem Anschlag muss jederzeit gerechnet werden“ in der BILD, oder „Islamistischer Extremismus bleibt Hauptproblem in Schleswig-Holstein“ im NDR. So oder so ähnlich lauten die Schlagzeilen zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2018.

Richtig ist, die gestiegene Zahl von Salafist*innen, die missionieren und sympathisierende Kreise erschließen, ist beunruhigend. Wer dabei aber nicht berücksichtigt, dass der Verfassungsschutz in den letzten Jahren für diesen Phänomenbereich deutlich aufgestockt wurde, unterschlägt eine wichtige Information. Es ist ein Effekt, den wir auch aus der Interpretation von Zahlen aus der Kriminalstatistik kennen, aber auch bei der Reichsbürgerbewegung: Je intensiver hingeschaut wird, umso mehr hellt sich das bisherige Dunkelfeld auf.

Diese Aufhellung erfährt allerdings dort Grenzen, wo sich die salafistische Szene mit ihrer Missionierungstätigkeit zunehmend in den privaten Bereich zurückzieht, um einer Ausspähung zu entgehen. Das begünstigt Radikalisierungsprozesse im Verborgenen und ist deswegen gefährlich. Hier gilt es, in Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen die Präventionstätigkeit zu stärken und die Antennen der dort arbeitenden Menschen zu sensibilisieren.

Sensibel sein müssen wir auch für die zunehmende Anzahl von Rückkehrer*innen aus den IS-Gebieten, das legt der Bericht in aller Deutlichkeit dar. Soweit es sich um deutsche Staatsangehörige handelt, hat die Bundesrepublik die verdammt Pflicht und

Schuldigkeit, diese Menschen hier wieder aufzunehmen, mit allen Konsequenzen. Denn es geht nicht an, dass deutsche Behörden die fehlende Rücknahmebereitschaft anderer Staaten bei Abschiebungen beklagen, gleichzeitig aber bei eigenen, terrorverdächtigen Staatsbürger*innen versuchen, die Rückkehr zu verhindern.

Kurzum, es gibt daran nichts klein zu reden: Islamismus und Salafismus sind nach wie vor eine Gefahr für unsere Freiheitlich Demokratische Grundordnung und unsere Gesellschaft.

Trotzdem irritieren mich, wenn man die Zahlen in Relation setzt, die eingangs genannten Schlagzeilen. Denn das rechtsextreme Spektrum ist doppelt so groß wie das islamistische. Davon sind mehr als ein Drittel gewaltbereit.

Rechnet man die Zuwächse in der Reichsbürgerszene zu dem rechten Spektrum hinzu und berücksichtigt die erhebliche Gewaltbereitschaft und Waffenaffinität dieser Szene, erhöht sich das rechte Potential noch einmal auf knapp 1.400 Menschen mit einem hohen Anteil gewaltbereiter Menschen. Die Statistik der politisch motivierten Kriminalität bestätigt dieses Bild, wobei unabhängige Zählungen zu rechten Gewalttaten nahezu doppelt so hoch ausfallen. Hilfreich wäre übrigens, wenn eine Einschätzung des gewaltbereiten Potentials auch im Bereich Salafismus vorgenommen würde.

Apropos Dunkelfeld: Wenn mehr als 200 Bombendrohungen unterschrieben mit ‚Nationalsozialistischer Offensive‘ bzw. ‚Wehrmacht‘ aus offensichtlich rechtsextremistischer Motivation heraus auch an Institutionen in Schleswig-Holstein verschickt werden und im Verfassungsschutzbericht unerwähnt bleiben, stelle ich mir die Frage, wie weit es mit der Dunkelfelderhellung her ist. Auch weil es zuletzt Berichte gegeben hatte, dass es weitere Bekenner schreiben nach der Festnahme gegeben habe und zumindest die Möglichkeit einer vernetzten Tätergruppe nicht ausgeschlossen ist.

Ein weiteres Problem möchte ich ansprechen. Der Bereich „Antifaschistische Arbeit“ wird ziemlich nonchalant dem „Linksextremismus“ zugerechnet. Ich bin – wie viele hier im Raum – bekennender Antifaschist, lasse mich aber ungern in eine linksextremistische Ecke stellen. Der Bericht unterstellt insoweit, das antifaschistisch und antirassistisch denkende „bürgerliche Spektrum“ lasse sich durch latente Anschlussbereitschaft gleichsam als nützliche Idioten des Linksextremismus missbrauchen.

Auch dass die Beteiligung an Protesten gegen die Militäroffensive in Afrin umstandslos unter Beobachtung gestellt wurde, wirft Fragen auf. Denn es ergibt sich daraus ein höchst widerspruchsvolles Bild: Kurdische Milizen und Verbände in Syrien werden auch von der Bundesrepublik militärisch und finanziell unterstützt. Solange diese kurdischen Verbände in Syrien oder Irak die Kohlen aus dem Feuer holten – zum Beispiel bei der Rettung der Jesiden, sind sie also unterstützungswürdige Kombattanten. Gleichzeitig stehen Protestdemonstrationen in Schleswig-Holstein gegen die türkische Besetzung des kurdischen Afrins ohne weiteres unter verschärfter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Da passt aus meiner Sicht einiges nicht zusammen.

Kurz und gut: Auch dieser Verfassungsschutzbericht enthält für uns alle die Herausforderung, sich weiter intensiv und kritisch mit dem Zustand und der Gefährdung unseres demokratischen Rechtsstaates auseinander zu setzen.
